

Blogger beschreiben 2996 Leben

☒ Beim Angriff islamischer Terroristen auf die USA am 11. September 2001 starben, so die offizielle Zahl, 2996 Menschen verschiedener Nationalitäten, Religionen und Weltanschauungen. Wer an diesem Tag sterben musste und wer weiterleben durfte, war dem Zufall überlassen. Wer sie waren, jeder und jede Einzelne, haben tausende Blogger in einer beispiellosen Aktion erforscht und festgehalten.

Seit dem Verbrechen ist viel über die Täter, ihre Hintergründe, aber auch über die politischen Schlussfolgerungen und Reaktionen auf die Tat gesprochen und geschrieben worden. Aber wer waren eigentlich die Opfer?

Gerade die Ungeheurlichkeit der Mordtat und die hohe Zahl der Ermordeten liess es fast aussichtslos erscheinen, den einzelnen Opfern als Individuen eine angemessene Würdigung zukommen zu lassen. Hilflos wirkten die Versuche, durch das Vorlesen aller Namen bei den Trauerfeiern, den Einzelnen wenigstens das, ihren Namen, zurückzugeben, der dann doch in der Vielzahl der Toten wieder nur zum Teil einer anonymen Masse wurde.

Internationale Blogger sind dem Vergessen in einer einmaligen Aktion entgegengetreten. 2996 Blogger sollten zum 11. September 2006 jeweils eines der Opfer recherchieren und ihm an diesem Tag einen persönlichen Gedenkbeitrag widmen. Der Erfolg war überwältigend, und mittlerweile haben sich weit über 3.000 Kollegen eingefunden, so dass manche Opfer bereits mehrfach portraitiert werden. Ein beispielhaftes Zeugnis unserer Zivilisation, in der jedes einzelne Menschenleben Achtung und Schutz genießt.

[Project 2996](#) zeigt die vollständige Liste der Ermordeten und verlinkt zu den einzelnen Blogbeiträgen und Biographien der

Ulfkotte: „Wir wollen den Politikern auf die Schulter klopfen bis das Gehirn wieder einsetzt“



Die Ankündigung von Udo Ulfkotte, eine Partei gründen zu wollen, die der Islamisierung Deutschlands entgegen tritt, wird von vielen als Hoffnungsschimmer gesehen. Denn seit die Linksalternativen die moralische Deutungshoheit übernommen haben, verschwimmen die Grenzen zwischen den etablierten Parteien in dem alles umwabernden Nebel der Political Correctness immer mehr. Ulfkottes Vorhaben stößt bei Freund und Feind auf reges Interesse und viele unserer Leser fragen nach, ob es bei der geplanten Parteigründung bleibt. Wir haben ein Interview mit Udo Ulfkotte geführt, um unsere Leser auf den neuesten Stand zu bringen.

PI: Viele Bürger sind von den etablierten Parteien enttäuscht und setzen große Hoffnungen in die neue Partei und Sie persönlich. Angekündigt wurde die Partei, um der schleichenden

Islamisierung Europas entgegenzutreten. Nun liest man in der Presse immer wieder Berichte, nach denen „Islamkritik“ doch nicht das Hauptanliegen der neuen Partei sein soll. Ist dies schon ein erstes Zurückweichen im Sinne der political correctness?

Ulfkotte: Islamkritik und Kritik an der schleichenden Islamisierung ist EIN Beispiel für unsere Ziele, denn wir sind FÜR den Erhalt der Wertegemeinschaft, die uns Europäer über alle (Partei-) Grenzen hinweg eigentlich verbinden sollte. Nur knien ja immer mehr Politiker vor Muslimen und flehen sie untertänigst an, zu erfahren, was man noch tun könne, um ihnen zu Wohlgefallen zu sein. Da setzen wir mit der Islamkritik an und wollen den Politikern auf die Schulter klopfen bis das Gehirn wieder einsetzt und sie erkennen, dass wir GOTT SEI DANK NOCH KEIN ISLAMISCHES DEUTSCHLAND HABEN. Aber Islamkritik ist eben nicht alles. Und eine Partei, die sich nur mit dem Thema Islam befasst, würde zwar punktuell Aufmerksamkeit finden, aber dann auch wohl bald wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Deshalb muss es natürlich Antworten auf viele andere Fragen und Themen geben, die die Menschen in Deutschland bewegen. Wir sind eben nicht nur FÜR den sofortigen Abbruch aller Gespräche mit der Türkei in Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft Ankaras. Wir sind auch FÜR die sofortige Rückgängigmachung der Mehrwertsteuererhöhung, FÜR die Verkleinerung des Bundestages, FÜR einen schlanken Staat, usw.. Im Hintergrund stehen immer Werte. Werte, die die im Bundestag vertretenen Parteien vor lauter Lachsschnittchen-, Sekt- und Champagner-Empfängen und Reisen in abgedunkelten Limousinen am Volk vorbei offenkundig einfach aus den Augen verloren haben. So soll mir doch bitte mal einer der Bundestagsabgeordneten erklären, warum man Gesetze gegen Sextourismus nach Thailand beschließt und wenn man aus dem Bundestag rauskommt, nicht einmal 2,5 Kilometer laufen muss, um am hellichten Tage in der Berliner Kurfürstenstraße einen Kinderstrich mit zwölf und 13 Jahre alten Mädchen und Jungen zu finden. Man befasst sich mit weit entfernten Dingen und

verliert das, was vor der eigenen Hautüre passiert, völlig aus den Augen. Das ist typisch deutscher Politiker – die Menschen vor der Haustür sind ihnen offenkundig egal. Deshalb gründen wir eine neue Partei mit Werten! Und dazu gehört es, dass wir erbitterten Gegnern unserer Werte nicht mit Toleranz, sondern mit erhobenem Haupt begegnen. Wir sagen beispielsweise ganz offen: Integrationsverweigerung muss endlich ein Straftatbestand werden! Nicht *wir* müssen uns nicht-europäischen Werten anpassen, sondern Nicht-Europäer müssen sich *unseren* Werten anpassen! Und wem das nicht passt, der hat das Recht der Ausreisefreiheit! Die Welt ist groß genug.

Gegenüber *SpiegelOnline* sagten Sie, Sie könnten sich als Namen „Christlich-Ökologische Partei“ vorstellen. Der Name hat bei vielen Interessierten Erstaunen verursacht. Auf PI haben wir daraufhin unsere Leser zu Ideen für einen Parteinamen aufgerufen und [über 300 gute Vorschläge](#) bekommen. Ist etwas dabei gewesen, was für Sie in die engere Wahl kommt?

Christlich-ökologische Partei war ein interner Arbeitstitel. *Pax Europa* hat bei vielen Mitgliedern des Vereins auch als Parteiname gute Resonanz gehabt. Und ich finde den Namen inzwischen auch immer besser. Von der Resonanz der PI-Leser war ich überwältigt und ich bedanke mich für alle Vorschläge. Gut gefallen haben mir zum Beispiel *Partei Freiheitlicher Bürger (PFB)*, *Die Konservativen*, *Europäische Werte-Partei*, *Allianz Freiheit und Demokratie (AFD)* und *Bündnis für Werte* – um nur einige zu nennen.

Wann soll die Partei offiziell gegründet werden und gibt es schon einen Ort, wo die Gründung stattfinden soll?

Die Partei wird im Juni gegründet. Der Ort wird NICHT bekannt gegeben, weil wir das alles in Ruhe machen wollen. Wir werden die Partei an einem historischen Ort mit großer Symbolkraft gründen.

Wie kommen Sie mit den Anfeindungen und Diffamierungen der

Medien (Spiegel, Focus, NDR, etc.) zurecht, denen Sie nach Bekanntgabe der Parteigründung ausgesetzt sind?

Ehrlich gesagt, ich schmunzele darüber. Negative Berichterstattung hat ja das Ziel zu diffamieren und Bürger von der diffamierten Gruppe abzuhalten. Wir erleben aber etwas Interessantes: Je negativer die Berichte, desto größer die Resonanz bei uns. Wenn also eine Zeitung schreibt, es sei ja fast schon rechtsradikal, wenn Ulfkotte sich öffentlich dagegen ausspricht, dass es immer mehr Rücksichtnahme auf Muslime gibt (etwa getrennte Schwimmzeiten für Muslime und Nicht-Muslime in öffentlichen und mit Steuergeldern finanzierten Schwimmbädern), dann schreiben uns viele, viele Menschen und wollen uns unterstützen. Die Menschen sagen: Endlich mal einer, der den Mund aufmacht. Endlich mal einer, der ausspricht, was wir alle denken. Und wir sind nicht rechtsradikal. Das hier ist unser Land. Und wem unsere Werte nicht passen, der hat die Freiheit, seine Sachen zu packen und zu gehen!

Gibt es schon eine Art Parteiprogramm und/oder Satzung für die neue Partei oder wird dies erst bei der Gründungsversammlung bekanntgegeben?

Ja, das gibt es. Und da wir nichts anderes sein werden als eine bundesweite CSU, haben wir nicht sonderlich viel Arbeit mit der Ausformulierung eines Parteiprogramms...

Die CDU hat viele einstige Stammwähler enttäuscht, weil sie sich mit dem Thema Islam alleingelassen fühlen. Glauben Sie daran, dass eine „Ulfkotte-Partei“ diesbezüglich positiven Einfluss auf die etablierten Parteien und speziell die CDU nehmen könnte?

Ich wehre mich gegen die „Ulfkotte-Partei“, denn ich bin ein sterblicher einfacher Mensch und wenn ich morgen überfahren werde, müssen die Dinge weiter laufen. Also bloß weg von meiner Person. Ansonsten wird es nicht anders laufen, als bei

der Gründung der Grünen 1979 mit Gerd Bastian und Petra Kelly: die etablierten Parteien schauen bei uns erst mal weg. Klasse so, wunderbar, schaut nur ganz fest weg! Es wird wieder das Gleiche passieren wie einst bei den Grünen, weil die Zeit reif ist: bald schon sehen sie sich gezwungen, unsere Positionen in ihre Politik aufzunehmen, weil ihnen sonst in Scharen die Wähler wegläufen. Jede etablierte Partei buhlt heute mit dem Thema Umweltschutz um Wählerstimmen. Das haben wir den Grünen zu verdanken. Und bald schon werden alle Parteien auch auf unsere Positionen schießen und uns nachzuahmen versuchen, ist doch klar. Die Waschmittelverkäufer der etablierten Parteien werden plötzlich behaupten, dass sie ein viel besseres Waschmittel haben. Aber wir werden das Original sein.

Ist geplant, dass die neue Partei bundesweit antritt oder soll sie nur auf kommunaler- bzw. Länder-Ebene kandidieren? Bei welcher Wahl wird die neue Partei zum ersten Mal antreten?

Natürlich soll die neue Partei bundesweit antreten. Sie soll den etablierten Parteien möglichst viele Wählerstimmen wegnehmen und die Waschmittelverkäufer der etablierten Parteien nachdenklich machen. Wir streben an, bei möglichst vielen Kommunal- und Landtagswahlen anzutreten, möglichst mit Freien Wählervereinigungen oder lokalen Gruppen wie derzeit etwa bei der Bremen/Bremerhaven-Wahl etwa mit [Bürger in Wut](#) oder in Hamburg mit der [Zentrumspartei](#).

Viele PI-Leser waren überrascht zu hören, dass Sie in Hamburg für die Zentrumspartei kandidieren. Wie verträgt sich dieses Vorhaben mit der angekündigten Parteigründung?

Ich bin in keiner Partei Mitglied – auch nicht in der Zentrumspartei. Ich kandidiere – ohne Mitglied zu sein – auf Platz zwei in Hamburg, um ein Zeichen zu setzen für eine wertkonservative Partei. Ich unterstütze aber auch in Bremen/Bremerhaven die Partei Bürger in Wut, dort sind ja im Mai Wahlen. Ich wünsche mir, dass wir alle bald schon eng in einem Bündnis zusammen arbeiten. Ich bin gegen die

Aufsplitterung und für das Vereinen vieler Splitter zu einem schlagkräftigen Ganzen. Und es sieht verdammt so aus, als ob uns das gelingen würde!

Eine Parteigründung und vor allem die Werbung für die neue Partei und ihre Ziele kostet viel Geld. Gibt es finanzstarke Förderer für dieses Vorhaben?

Wir haben kein Geld – und wir brauchen auch nicht viel Geld. Wir verteilen keine Kugelschreiber, wir verteilen keine Blümchen, wir verteilen keine teuer produzierten CDs oder sonstigen Parteien-Werbemüll. Wir verteilen WERTE. Wir brauchen auch keine Plakate zu kleben. Wir haben auch keine Marketing-Abteilung. Wir machen keine Wählerumfragen, weil wir nicht erkunden müssen, was beim Wähler gut ankommt. WIR SIND DAS VOLK. Wir sind die bisherigen Nichtwähler. Wir haben unseren bisherigen Erfolg Mund-zu-Mund-Propaganda zu verdanken. Wir werben nicht auf Plakatwänden, sondern ein jeder von uns erklärt im Bekanntenkreis, warum er der neuen Partei angehört. Das nennt man Schneeball-Effekt. Wir werden keine Parteispenden-Affäre haben, weil wir auf Parteispenden gar nicht scharf sind. Wir machen keine Lachschnittchen- und Champagner-Empfänge. Bei uns gibt es Eintopf und selbst gebackenen Kuchen. Wir sind einfache, aber ehrliche Menschen. Wir verkaufen nichts.

Was kann jeder Einzelne von uns zum Gelingen des Projekts „Neue Partei“ beitragen?

Alles, was wir brauchen, sind entspannte Gespräche im Bekanntenkreis, wenn es sich dort ergibt. Erklären Sie dann einfach, dass es uns gibt und was wir vorhaben. Schenken Sie uns keine Millionen – schenken Sie uns lieber Vertrauen!

- » Website von Udo Ulfkotte: [Akte Islam](#)
- » Tagesspiegel: [Der Dampf der Kulturen](#)



Medien solidarisieren sich mit Burkaträgerin



Wenn moslemische Taxifahrer sich weigern, „ungläubige“ Fahrgäste zu transportieren, weil diese beispielsweise ihren Blindenhund oder Alkohol mit sich führen, berichten die Medien bei uns nicht – höchstens Blogs. Wenn aber ein Busfahrer in Schweden einer Burkaträgerin *zunächst* die Mitfahrt verweigert, dann erfahren wir es – bei Web, bei freenet, bei GMX und auch bei der Mittelbayerischen. Die gutmenschliche Empörungsmaschinerie läuft wie geschmiert!

In Schweden hat ein Busfahrer einer verschleierten Frau die Mitnahme verweigert. Er habe die Frau nicht identifizieren können, gab die Zeitung „Metro“ die Begründung des Fahrers wieder. Die Burka-Trägerin sagte dem Gratis-Blatt, sie habe sich noch nie zuvor in einem öffentlichen Bus zu erkennen geben müssen. „Das Tragen der Burka ist meine persönliche Wahl und es macht mich nicht bedrohlicher als jeden anderen.“

Dem Bericht zufolge stieg die Frau trotzdem in Malmö in den Bus ein, musste sich dafür aber von dem Fahrer verspotten

lassen. Sie habe die Polizei eingeschaltet.

Der Fahrer wurde vom Dienst suspendiert, bis der Vorfall untersucht ist, wie ein Sprecher der Busgesellschaft sagte. Allerdings schildere er den Vorfall anders. Sollten jedoch die Vorwürfe der Frau zutreffen, wäre das Verhalten des Fahrers „inakzeptabel“. „Jeder muss mit dem Bus fahren können“, sagte der Sprecher. Es gebe keine Identifizierungsvorschriften für Busspassagiere.

Die meist blaue Burka ist ein sackähnliches Gewand, das Körper und Gesicht der Frau vollständig verhüllt. Damit die Trägerinnen überhaupt etwas sehen können, haben sie vor den Augen ein schmales Netz.

Das Ganze wird dann auch noch mit der absichtlich falschen Headline „Frau mit Burka von Busfahrer zurückgewiesen“ auf den Markt geworfen. Wohlgermerkt: Die Burkaträgerin fuhr am Ende im Gegensatz zu den Blinden von London doch mit – der Busfahrer wurde suspendiert, der Taxifahrer nicht.

(Spürnase: Ludwig v. B.)

Counter kommt wieder!

☒ Einige Leser fragen an, wo der Counter geblieben ist, der die Zahl der PI-Leser anzeigt. Keine Sorge, der kommt wieder, ist nur vorübergehend wegen Arbeiten am Server ausgeschaltet. Die Zahl unserer Leser ist seit Einrichtung des Servers im letzten Herbst von durchschnittlich 4.000 – 5.000 pro Tag auf stattliche 12.000 – 13.000 angestiegen. Deswegen wird jetzt der Server auf die erhöhten Anforderungen umgestellt, und der Counter muss solange ausbleiben.

Berlin: Türkischer Schüler attackiert Lehrer

☒ Gewalt unter Jugendlichen nimmt zu. Über diese unerfreuliche Entwicklung wird oft gesprochen, politisch korrekt wird sie aber über der gesamten Bevölkerung ausgegossen. Gerne erkennt man als schmutzige Hintergründe allerhöchstens rechtsradikales Gedankengut oder Killer-Videospiele, die natürlich aus den USA stammen. Fast nie allerdings traut sich jemand, darauf [hinzuweisen](#), dass für diese Gewalt in erster Linie eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe verantwortlich ist: Jugendliche aus von [patriarchalischer Alltagsgewalt](#) dominierten Familien islamischer Migranten.

Wenn aber – wie im Falle der [Rütli-Schule](#) im Berliner Bezirk Neukölln – doch einmal auf die Probleme der Zuwanderung hingewiesen wird, dann fast nie, ohne sich schuldbewusst an die eigene Nase zu fassen und die jugendlichen Migranten als ausgegrenzte, stigmatisierte, unschuldige Opfer fehlender Nestwärme der konsumorientierten westlichen Gesellschaft darzustellen. Wer sich nicht an diesen Kodex hält, wird schnell als Überbringer schlechter Nachrichten diffamiert. Dennoch sickern langsam – und das ist die gute Nachricht – jetzt häufiger Berichte an die Öffentlichkeit, die die kulturellen Hintergründe der Täter nicht verschweigen.

In Berlin ist es aufgrund der starken Zuwanderung und der konsequenten Ignorierung der mit ihr untrennbar verbundenen Schattenseiten durch die in der Hauptstadt übermächtige links-alternative Schutzfraktion zu einer [Häufung von Problemen](#) in den Brandbezirken Neukölln, Kreuzberg, Wedding und Tiergarten

gekommen. Und so überrascht [folgende Meldung](#) nicht:

Gewalttätige Übergriffe auf Lehrer werden an Berliner Schulen zunehmend Normalität. Am Dienstag musste die Polizei zu einem weiteren Fall gerufen werden. An der Friedrich-Ludwig-Jahn-Hauptschule an der Graefestraße in Kreuzberg war ein 61 Jahre alter Lehrer von einem 15-jährigen Schüler attackiert und verletzt worden.

Der Vorfall ereignete sich nach Angaben eines Polizeisprechers in der ersten Stunde. Während der Pädagoge zu unterrichten versuchte, wurde er von Dilel A. wiederholt gestört. Der türkisch-stämmige Jugendliche unterhielt sich laut mit seinem Nachbarn und reagierte auf die Ermahnungen des Lehrers mit Beleidigungen und Drohungen. Auch die Aufforderung, den Klassenraum zu verlassen, ignorierte er. Als der Lehrer den Schüler selbst ins Sekretariat bringen wollte und nach dem Rucksack des Jungen griff, wurde er von diesem ohne Vorwarnung durch einen gezielten Kopfstoß im Gesicht verletzt. Unter anderem zog er sich eine blutende Wunde und Prellungen zu. Trotzdem gelang es ihm, seinen Schüler ins Rektorat zu bringen. Auf dem Weg dorthin wurde er von dem 15-Jährigen weiter beleidigt und bedroht. Auch gegenüber den inzwischen alarmierten Polizeibeamten verhielt sich der Junge überaus aggressiv. Er beschimpfte die Beamten, unternahm einen Fluchtversuch und setzte sich gegen seine Festnahme derart massiv zur Wehr, dass er vorübergehend gefesselt werden musste. Nach der Vernehmung wurde er seinen Eltern übergeben.

An der Kreuzberger Hauptschule sind nur vier Prozent der 314 Schüler aus 23 Nationen deutscher Herkunft. Viele Schüler würden erhebliche Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Gewaltbereitschaft aufweisen, heißt es auf der Homepage der Schule. Vor drei Jahren hat die Schule acht Videokameras installiert, um Schüler und Lehrer vor Übergriffen durch schulfremde Jugendliche zu schützen. Anlass waren mehrere Vorfälle, bei denen auch Lehrer angegriffen wurden. Im vergangenen Schuljahr hat sich die Zahl der gemeldeten

Angriffe gegen Lehrer in Berlin von 196 auf 374 fast verdoppelt.

Wer würde angesichts dieser Zahlen die Zuwanderung nicht als [Bereicherung](#) begreifen wollen?


(Spürnasen: spital8katz, Hojojutsu, Mo Ping, Clyde, Kerstin, Lothar Sch.)

Political correctness...



Karikatur: [Wiedenroth](#)
(Spürnase: [Bernd Dahlenburg](#))

Ziele von Al Kaida finden Zustimmung in muslimischen Ländern

 Schon seltsam: In Ländern, in denen hauptsächlich Anhänger der „Religion des Friedens“ leben und regieren, die ständig von Allah, dem Barmherzigen, dem Allerbarmer reden, finden die Terroristen des Terrornetzwerkes Al Kaida mehrheitlich Unterstützung für ihre politischen Ziele. Das [ergab eine Umfrage](#) der *University of Maryland* und des *WorldPublicOpinion-*

Instituts (Washington).

Anschläge auf Zivilisten sind allerdings nicht beliebt. Offenbar identifiziert sich das Volk vor allem mit den gemäßigten Islamisten und den moderaten Terroristen, eben die, die „nur“ amerikanische Soldaten sprengen.

Die politischen Vorstellungen des Terrornetzwerks Al Qaida stossen einer US-Umfrage in muslimischen Ländern auf Zustimmung. Nur eine Minderheit der Befragten hat allerdings Verständnis für Anschläge auf Zivilisten. (...) Demnach zeigten sich durchschnittlich 74 Prozent der Befragten in Ägypten, Marokko, Pakistan und Indonesien einverstanden mit dem Ziel der Al Qaida, die US-Armee aus allen muslimischen Ländern zu vertreiben.

Besonders gross ist in den arabischen Ländern Ägypten und Marokko das Verständnis für Angriffe auf US-Soldaten im Irak: 91 Prozent der befragten Ägypter und 69 der Befragten in Marokko halten dies für legitim. In den nicht-arabischen Ländern Pakistan und Indonesien war die Zustimmung deutlich geringer.

In allen vier Ländern war jeweils weniger als ein Drittel bereit, sich komplett von den Zielen und der Taktik von Al Qaida zu distanzieren. Eine relative Mehrheit der Ägypter zeigte zudem Verständnis für Selbstmordattentäter.

41 Prozent sagten, es könne «oft» gerechtfertigt sein, wenn ein Muslim einen Selbstmordanschlag auf einen «Feind» verübt. 28 Prozent sagten, die sei «nie» gerechtfertigt. In den anderen Ländern überwog die Ablehnung von Selbstmordanschlägen.

(Spürnase: Urs Schmidlin)

Soldaten in Baghdad: Zivilisiert im Haus des Hasses

☒ CNN ist nicht gerade bekannt als Haussender der Konservativen. Aber anders als deutsche Medien hat man zumindest eigene Reporter vor Ort, so im Irak, und kommt manchmal nicht umhin, auch das zu berichten, was diese mit eigenen Augen sehen. Eine traurige und groteske Geschichte über zivilisierte Menschlichkeit inmitten des muslimischen Irrsinns im Tollhaus des falschen Propheten.

Eigentlich beginnt diese Geschichte vor 1500 Jahren. Der halluzinierende Wüstenprediger Mohammed, der behauptet hatte, göttliche Botschaften zu erhalten, um den Kampf der zerstrittenen monotheistischen Religionen durch eine endgültige Offenbarung für immer zu beenden, starb, ohne in der Lage gewesen zu sein, einen männlichen Nachfolger zu zeugen, obwohl er wahrlich sein Bestes gegeben hatte. Kaum war der Scharlatan zur Hölle gefahren, war es auch schon vorbei mit der Einheit der Leichtgläubigen, und um die rechtmäßige Nachfolge des kurzsichtigen Sehers entbrannte der längste Krieg der Menschheitsgeschichte. Bis in unsere Tage dauert das Morden zwischen den verfeindeten schiitischen und sunnitischen Moslems an, die sich damals nicht einigen konnten. Von ihrer ersten Stunde an war die „Religion des Friedens“ unfähig, auch nur ein bisschen Frieden im eigenen Hause zu finden.

Dass die Diskussion, ob oder wieweit wir Europäer dem blutigen Kult Einlass in unser Haus gewähren sollen, kein philosophischer oder theologischer Diskurs ist, zeigt sich immer, wenn ein Licht auf das Schicksal einzelner Individuen

fällt, die zwischen die Mahlsteine des mörderischen Wahnes geraten, der die für uns selbstverständlichsten Regungen elementaren Mitgefühls für den Mitmenschen außer Kraft setzt.

Im folgenden Bericht, der gerade bei CNN gezeigt wurde, finden US-Soldaten ein sterbendes sunnitische Mädchen, das an Krebs erkrankt ist, auf der Straße vor ihrem Elternhaus. Die Eltern lassen es lieber sterben, als es in ein schiitische Krankenhaus zu bringen, aus Angst, was die schiitisch-muslimischen Glaubensbrüder ihm dort antun könnten, und kein schiitische Krankenwagen traut sich in das Sunnitengebiet, um das Mädchen zu retten, aus Angst vor Angriffen der sunnitischen Glaubensbrüder.

Während US-Soldaten um das Leben des muslimischen Mädchens kämpfen und dieser für uns selbstverständliche Akt menschlichen Verhaltens staunende Zuschauer anzieht, müssen andere Kameraden die Helfer vor heimtückischen Mordanschlägen aus dem Hinterhalt schützen. Wieder andere finden derweil im Nachbarhaus ein Lager von Granaten, bestimmt dazu, US-Soldaten zu ermorden.

Was könnte besser deutlich machen, warum wir nein sagen, wenn der Islam immer dreister Einlass in unsere Zivilisation verlangt?